

NEWS AUS BRÜSSEL

EU-Informationen der Verbindungsstelle Brüssel

September 2011

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Christian Freudlsperger

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene

Vom 19. bis zum 25. September 2011

I. Institutionelle Angelegenheiten

Eurokrise erfordert Stärkung der europäischen Ebene

In einer Rede am 22.09. in Washington erklärte Kommissar Rehn, dass eine Währungsunion mit relativ locker koordinierten Wirtschafts- und Finanzpolitiken nicht imstande sei, einer Krise wie der derzeitigen zu widerstehen. Notwendig sei ein Quantensprung bei dem die Mitgliedstaaten Souveränität an die europäische Ebene abgeben. Das kurz vor der Verabschiedung stehende Paket zur wirtschaftspolitischen Steuerung sei eine notwendige Grundlage für weitere Reformen.

Die unmittelbare Herausforderung sei Griechenland. Das Land müsse die Bedingungen für die von der EU und dem Internationalen Währungsfonds IWF gewährten Hilfskredite ohne Zögern voll erfüllen. In den letzten Wochen habe es Fortschritte gegeben, die aber nicht ausreichen. Die EU werde Griechenland aber nicht im Stich lassen. Ein ungeregelter Staatsbankrott oder ein Austritt aus dem Eurogebiet würden nicht nur in Griechenland, sondern auch in der EU und weltweit großen Schaden anrichten. Derartige Spekulationen hätten bereits negative Auswirkungen auf andere Länder gehabt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/600&format=HTML&age=d=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Vertrauen in EU – wenig Vertrauen in Euro

Nach einer Umfrage des German Marshall Fund (USA) in 12 EU-Ländern (Bulgarien, Frankreich, Deutschland [DE], Italien, den Niederlanden, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei [SK], Spanien, Schweden und Großbritannien [UK]) sieht die Mehrheit der Befragten (67%) die Mitgliedschaft in der EU als positiv für die Wirtschaft ihres Landes an; in DE sind es 76%. Die Mehrheit (53%) bewertet aber den Euro als schlecht für die Wirtschaft. In DE halten jeweils 48% den Euro für gut bzw. schlecht. Nur in DE gab es eine Mehrheit (54%) für zusätzliche Befugnisse der EU in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Positiv gesehen werden Beiträge für einen Hilfsfonds zugunsten von Ländern mit Haushaltsschwierigkeiten (60%). In DE war die Mehrheit nur knapp (50% dafür, 47% dagegen). In UK (43%) und SK (38%) war nur eine Minderheit dafür.

<http://www.gmfus.org/publications /TT/TT2011 final web.pdf>

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. Erste Sitzung der EU-Tunesien-Arbeitsgruppe

In Anwesenheit der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton sowie Kommissar Štefan Füle, kommen die Teilnehmer am 28./29.09. in Tunis zum ersten Mal nach der arabischen Revolution zusammen. Themen werden u.a. die Beziehungen zwischen der EU und den arabischen Staaten sowie die Demokratisierung dieser Länder sein.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=AGENDA/11/30&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. EU-Wahlbeobachter in Tunesien

Für die ersten freien Parlamentswahlen seit dem politischen Umsturz in Tunesien entsendet die EU auf Einladung der tunesischen Behörden eine Wahlbeobachtermission. Unter Leitung des deutschen Europaabgeordneten Michael Gahler (CDU) werden 130 Beobachter die Wahlvorbereitungen, die Wahl am 23. Oktober 2011 selbst und das Auszählen der Stimmen überwachen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10195_de.htm

b) Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe

1. Ermittlung der weltweiten Kosten der Bodenverschlechterung

EU-Entwicklungskommissar Piebalgs nahm in New York an der Einleitung der Initiative „Die wirtschaftlichen Aspekte der Bodenverschlechterung“ (The Economics of Land Degradation - ELD) teil. Die Veranstaltung findet im Rahmen einer von der UN gesponserten Tagung zum Thema Bodenverschlechterung und Wüstenbildung statt. Die ELD-Initiative besteht aus einer umfassenden Bewertung der Bodenverschlechterung. Untersucht werden sowohl die Kosten, die entstehen, wenn es nicht gelingt, eine weitere Verschlechterung zu verhindern, als auch die wirtschaftlichen Vorteile einer Bekämpfung des Problems durch Maßnahmen zur nachhaltigen Bodenbewirtschaftung.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1058&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

32. Kommission stockt Mittel für humanitäre Hilfe in Jemen auf

Die Kommission stockte am 20.09. die humanitäre Hilfe für Jemen um 5 Mio. EUR auf. Damit werden 2011 insgesamt 20 Mio. EUR für dieses Land bereitgestellt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1051&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

1. Kommission fördert Freiwilligenarbeit im Ausland

Die Kommission hat am 20.09. vor dem Hintergrund des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit in der Mitteilung „Europäische Politik und Freiwilligentätigkeit“ insbesondere die Gründung eines europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe ab 2012 vorgeschlagen sowie die Ausarbeitung eines Rechtsrahmens für die Mitwirkung von europäischen Freiwilligen an EU-Operationen der humanitären Hilfe angekündigt. Ferner schlägt die Kommission einen Europäischen Qualifikationspass vor. Bisher gebe es keinen klaren Rechtsrahmen für die ehrenamtliche Tätigkeit.

Die erworbenen Qualifikationen würden oft nicht ausreichend anerkannt. Die Kommission möchte die Hindernisse für die Aufnahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit insbesondere im Ausland überwinden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1050&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/volunteering/>

2. Konferenz „Europa der aktiven Bürgerschaft: Freiwilligenarbeit“

Mitglieder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie Vertreter der Staaten der Ostpartnerschaft diskutieren während der Tagung am 30.09. in Warschau darüber, wie die Mitgliedstaaten der EU die Freiwilligenarbeit weiter unterstützen und noch effektiver gestalten können. An der Konferenz nehmen u.a. Polens Präsident Bronisław Komorowski und Kommissar László Andor teil.

<http://pl2011.eu/de/content/europa-der-aktiven-buergerschaft-freiwilligenarbeit-0>

<http://europa.eu/eucalendar/event/id/252079-conference-on-europe-of-active-citizens-volunteering/mode/standalone>

3. Kommission besteht auf mehr Frauen in Aufsichtsräten

Kommissionsvizepräsidentin Viviane Reding hat am 22.09. in Berlin die europäischen Unternehmen eindringlich aufgefordert, mehr Frauen in Entscheidungspositionen zu berufen. "Das Talent und die Fähigkeiten der Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung nicht zu nutzen, ist ein wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Fehler", sagte sie in ihrer Rede bei der Bertelsmann-Stiftung. Während europaweit 60 Prozent der Universitätsabsolventen weiblich seien, läge der Anteil der Frauen in den Aufsichtsräten der großen börsennotierten Unternehmen in der EU bei nur 12 Prozent und steige jährlich um nur 0,5 Prozent. Das sei zu langsam, denn so bräuchte Europa fünfzig Jahre, um die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. "Wir werden nicht fünfzig Jahre warten. Wir müssen jetzt handeln", forderte die Kommissions-Vizepräsidentin.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10196_de.htm

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/reding/womenpledge/index_de.htm

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

a) Landwirtschaft

1. Vorschläge zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2014

Vorgesehen ist, dass Kommissar Dacian Cioloș am 12. 10. seine Legislativvorschläge für die Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) ab 2014 vorlegt. Nach Informationen auf Arbeitsebene sollen 30% der Direktzahlungen als Umweltprämie gewährt werden. Die Umweltauflagen sollen auf den Erhalt von Dauergrünland, die Verwendung von 7% der Fläche für Ökobrachen und eine extensivierte Fruchtfolge beschränkt werden. Für Ökobauern und Flächen in Natura 200-Gebieten soll es keine besonderen Umweltauflagen geben. Bei der Höhe der Direktzahlungen soll es eine Angleichung geben. Geplant ist auch weiterhin eine Obergrenze für Direktzahlungen. Schließlich hält die Kommission am Auslaufen der Pflanzrechtsverbote im Weinbau ab 2016 fest.

2. Kritik des Europäischen Rechnungshofs an Agrarumweltmaßnahmen

Der Europäische Rechnungshof bemerkte, dass in den 20 Jahren seit Einführung der Agrarumweltpolitik erhebliche Fortschritte erzielt wurden. Er bemängelte jedoch: (i) Die Ziele waren insgesamt so vage formuliert, dass sich nicht beurteilen ließ, inwieweit sie erreicht wurden; Gestaltung und Begleitung der Agrarumweltpolitik führten nicht zu spürbaren Umweltentlastungen;

(ii) Die Systeme zur Beratung der Landwirte funktionierten im Allgemeinen gut. Dagegen wurden bezüglich der Höhe der Beihilfen erhebliche Probleme festgestellt, insbesondere fehlende Differenzierung nach den regionalen oder lokalen Standortbedingungen; (iii) Die Mitgliedstaaten hatten sich nicht auf der Grundlage einer Kosten-Nutzen-Analyse damit befasst, inwieweit eine gezielte Ausrichtung der Förderung auf ihre Bedürfnisse wünschenswert wäre.

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/8768774.PDF> (PM EuRH)

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/8760792.PDF> (Sonderbericht)

3. Programm zur Abgabe von Lebensmitteln an Bedürftige gescheitert

Eine Sperrminorität (darunter Deutschland) hat am 20.09. im Rat für Landwirtschaft verhindert, dass die gesamten für 2012 und 2013 für das Nahrungsmittelhilfeprogramm vorgesehenen 500 Mio. EUR freigegeben werden können. Damit können lediglich Nahrungsmittel aus Interventionsbeständen verteilt werden, nicht aber zusätzlich auf dem Markt erworbene Lebensmittel. Deutschland lehnt letzteres ab, da es sich nicht um Agrar-, sondern um Sozialpolitik handle und da es hierfür keine entsprechende Rechtsgrundlage gebe. Die Kommission sah sich gezwungen, den Plan für 2012 auf die verfügbaren Interventionsbestände herunterzufahren, d. h. 113,5 Mio. EUR, da der Gerichtshof die Bestimmungen des Programms 2009, die den zusätzlichen Ankauf von Erzeugnissen auf dem Markt vorsahen, in seinem Urteil vom 13. April 2011 (auf Antrag Deutschlands) für rechtswidrig erklärt hatte.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1062&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> (PM Kommission)

V. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Europa im Epizentrum der Schuldenkrise

EZB-Präsident Jean-Claude Trichet erklärte am 23.09. am Rande der Jahrestagung des IWF nach Presseberichten: „Wir stehen vor einer globalen Krise der öffentlichen Finanzen, und wir (die Euro-Zone) sind das Epizentrum dieser Krise“. Die aktuelle Situation sei noch prekärer als beim Zusammenbruch der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers im Jahre 2008. An den Märkten sei inzwischen der Glaube verloren gegangen, dass Schlüssel-Länder nicht zahlungsunfähig werden können.

<http://www.faz.net/artikel/C30638/jean-claude-trichet-wir-sind-das-epizentrum-dieser-krise-30723204.html>

2. Furcht vor Dominoeffekt bei Pleite Griechenlands

Nach Presseberichten hat der amerikanische Finanzminister Timothy Geithner die Euro-Länder eindringlich zum Handeln aufgefordert. Auf dem Treffen des Internationalen Währungsfonds IWF (23.-25.09.) warnte er vor einem Dominoeffekt im Fall einer Pleite Griechenlands. Die europäischen Regierungen müssten dies zusammen mit der Europäischen Zentralbank verhindern. Die Zeit werde knapp. Beim Treffen des IWF verpflichteten sich alle Länder, an der Wiederherstellung des Vertrauens in das globale Finanzsystem mitzuwirken. Die Weltwirtschaft sei in einer kritischen Lage und erfordere mutige Aktionen. Die Euroländer versprachen die Umsetzung der auf ihrem Gipfel am 21.07. beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität.

http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/imf_weltbank_tagung_geithner_1.12641538.html

<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11348.htm>

3. Griechenland verfehlt Haushaltsziel für 2011

Nach Informationen der BBC fordert die Troika (Kommission, EZB und Internationalem Währungsfonds) von Griechenland weiterhin eine Reduzierung des Haushaltsdefizits für 2011 auf 7.5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die derzeitige Vorausschätzung komme aber auf 8.5%/BIP. Nach weiteren Medienberichten summieren sich die Einsparungen nach Regierungsangaben lediglich auf 3.2 Mrd. EUR, während die Troika rund 6 Mrd. EUR fordert. Ein positives Votum der Troika gilt als Voraussetzung für die Auszahlung der nächsten Tranche in Höhe von 8 Mrd. EUR aus dem Hilfspaket über 110 Mrd. EUR von 2010. Die Troika wird in der Woche vom 26.09. in Athen zurückerwartet.

<http://www.bbc.co.uk/news/business-15011847>

<http://www.ftd.de/politik/europa/euro-schuldenkrise-wo-die-griechen-den-rotstift-ansetzen/60107567.html>

4. Jürgen Stark: Griechenland läuft die Zeit davon

EZB-Direktoriumsmitglied Jürgen Stark erklärte am 25.09. auf der Jahrestagung des Internationalen Bankenverbands in Washington (laut Presseberichten), dass Griechenland die Zeit davon laufe. "Sie denken immer noch, dass egal was sie tun, sie Geld bekommen." Stark warnte ferner, dass die Geldpolitik überall noch sehr expansiv sei. "Die Geldpolitik kann aber kein Ersatz für strukturelle Reformen sein."

<http://www.faz.net/artikel/C30638/juergen-stark-ezb-chefoekonom-ganze-welt-ist-ueberschuldet-30723832.html>

5. Banken lehnen größeren Anteil an Griechenland-Rettung ab

In seinem Schlusskommuniqué vom 25.09. bekräftigte der Internationale Bankenverband (IIF), dass das Abkommen über die Beteiligung des privaten Sektors am zweiten Griechenland-Rettungspaket nicht zur Disposition stehe. Diese Beteiligung führe zu einer Verringerung der Staatsschuld um 27 Mrd. EUR und zu Ersparnissen in Höhe von 300 Mrd. EUR bis 2020, darunter 54 Mrd. EUR an Einsparungen bei Zinsen allein durch die freiwillige Beteiligung des privaten Sektors.

<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11348.htm>

6. Europäische Zentralbank setzt Ankauf von Staatstiteln fort

In der Woche zum 16.09. stieg der Wert der im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte getätigten Ankäufe auf insgesamt 152.7 Mrd. EUR, nach 142.9 Mrd. EUR zum 09.09. Trotz der Ankäufe stieg die Rendite für zehnjährige italienische Anleihen am 20.09. um 0.11 Prozentpunkte auf 5,667 % (zehnjährige Bundesanleihen: 1.739 %). Nach Presseberichten hat die niederländische ING-Bank von Ende Juni bis Mitte September ihren Bestand an italienischen und spanischen Anleihen um ein Drittel abgebaut, von 7.3 auf 4.7 Mrd. EUR bzw. 2.3 auf 1.7 Mrd. EUR. Auch deutsche Banken seien stark engagiert.

<http://www.ecb.int/press/pr/wfs/2011/html/fs110920.de.html>

<http://www.boerse-frankfurt.de/DE/index.aspx?pageID=41&NewsID=211068>

7. Kein grenzenloser Ankauf von Staatsanleihen durch EZB

In einer Rede am 22.09. betonte EZB-Vizepräsident Vítor Constâncio, dass die Anleihenkäufe der EZB auf keinen Fall als Ersatz für Haushaltsdisziplin herhalten könnten. Anhaltender Erwerb von Staatstiteln durch die Notenbank würde nur die Probleme hinausschieben, die notwendigen Haushaltsanpassungen verzögern und letztlich Inflationsdruck aufbauen. Die EZB habe gegenüber allen Mitgliedstaaten sehr deutlich erklärt, dass die Wahrung von Haushaltsdisziplin absolut unerlässlich sei.

<http://www.ecb.int/press/key/date/2011/html/sp110922.en.html>

8. Kommission genehmigt Umstrukturierung der HSH Nordbank unter Auflagen

Die Kommission hat eine Umstrukturierungsbeihilfe genehmigt, die der HSH Nordbank von den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein in Form einer Kapitalzuführung von 3 Mrd. EUR, einer Risikoabschirmung von 10 Mrd. EUR und von Liquiditätsgarantien in Höhe von 17 Mrd. EUR gewährt wird. Die Bank muss ihre Bilanzsumme – insbesondere durch die Aufgabe des Geschäftsbereichs Flugzeugfinanzierung und die Verkleinerung des Geschäftsbereichs Schiffsfinanzierung – um 61 % reduzieren. Ferner muss, im Einklang mit den Beihilfavorschriften für wertgeminderte Aktiva, für die Risikoabschirmung (10 Mrd. EUR) eine höhere Vergütung entrichtet werden; hierdurch sollen auch die Minderheitenaktionäre angemessen an den Umstrukturierungskosten beteiligt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1047&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

9. Wirtschaftswachstum in der EU verlangsamt

Nach einem Bericht der Generaldirektion Industrie der Kommission stieg die Produktion des verarbeitenden Gewerbes im 2. Quartal im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 4,5 %, blieb jedoch gegenüber dem ersten Quartal fast unverändert. Jetzt liegt sie um etwa 14 % über dem Tiefpunkt von Anfang 2009, aber immer noch 8 % unter dem Spitzenwert von Anfang 2008. Kommissionsvizepräsident Antonio Tajani erklärte dazu: *„Unserer Wirtschaft geht es besser als vor der Krise. Das zeigen auch die guten Konjunkturdaten Deutschlands und Frankreichs vom Juli. Aufgrund der nachlassenden Erholung der Wirtschaft müssen wir jedoch rasch handeln und weiter Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit fördern – unter anderem durch Strukturreformen, die der Wirtschaft und insbesondere den KMU helfen, ihr Potenzial zu entfalten.“*

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1040&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/_getdocument.cfm?doc_id=6918

10. Auftragseingänge der Industrie im Euroraum im Juli um 2.1% gefallen

Im Euroraum (ER17) nahm der Index der Auftragseingänge in der Industrie im Juli 2011 gegenüber dem Vormonat um 2,1% ab, nach einem Rückgang von 1,2% im Juni. In der EU27 fielen die Auftragseingänge im Juli 2011 um 0,8%, nach einem Rückgang von ebenfalls 0,8% im Juni. Im Vergleich zum Juli 2010 stieg der Index der Auftragseingänge in der Industrie im Juli 2011 im Euroraum um 8,4% und in der EU27 um 6,8%.

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/4-22092011-AP/DE/4-22092011-AP-DE.PDF

11. Tourismusförderung durch EU-Regionalfonds effektiv

Nach dem Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs waren die aus dem europäischen Regionalfonds kofinanzierten Projekte im Bereich Tourismus wirksam. Mit allen geprüften Vorhaben seien positive Ergebnisse erzielt worden. Die Nachhaltigkeit der Projektergebnisse wurde weitgehend gewährleistet: Zum Zeitpunkt der Prüfung wurden 98 % der Projekte weiterhin betrieben, und 94 % der durch die Projekte geschaffenen oder erhaltenen Arbeitsplätze waren bei Abschluss der Prüfungen weiterhin vorhanden. Die EU-Förderung machte die Durchführung der Projekte in 74 % der Fälle erst möglich, und weitere 20 % der Projekte wurden infolge des Zuschusses abgeändert. 6 % der Projekte wären auch ohne Förderung umgesetzt worden.

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/8724730.PDF> (PM EuRH)

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/8746750.PDF> (Sonderbericht)

b) Energie

1. Zunahme der Erzeugungskapazität von Windstrom in der EU

Nach einer neueren Studie der Kommission nahm die Erzeugungskapazität für Windstrom 2010 in der EU um 12.2% zu, weltweit um 24.8%. Mit der derzeitigen Kapazität könne etwa 6% des europäischen Stromverbrauchs gedeckt werden; global sind es 2.2%. Die deutschen und spanischen Märkte machten noch jeweils 16% des EU-Markts aus, aber Großbritannien und Italien, mit jeweils 10%, holten auf. In China seien 2010 44.7 Gigawatt installiert worden, in den USA 40.2, in Deutschland 27.2 und in Spanien 20.7.

http://ec.europa.eu/energy/renewables/studies/wind_energy_en.htm

http://ec.europa.eu/energy/renewables/studies/doc/wind_energy/2011_wind_snapshot.pdf

c) Währung und Finanzen

1. Europäische Zentralbank erweitert notenbankfähige Sicherheiten

Die EZB veröffentlichte am 21.09. eine aktualisierte Version ihrer Leitlinien zur Geldpolitik. Danach können ab 01.01.12 von Banken begebene Schuldtitel auch dann akzeptiert werden, wenn sie nicht zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind. Nicht besicherte Anleihen von Finanzinstituten werden allerdings nur noch in Höhe von 5% (bisher 10%) der gesamten Sicherheiten akzeptiert. Beobachter sehen in der Erleichterung eine Maßnahme gegen eine mögliche Kreditklemme. Die Begrenzung auf 5% wiederum soll verhindern, dass die EZB zu viele unsichere Papiere erhält.

<http://www.ecb.int/press/pr/date/2011/html/pr110921.en.html>

http://www.ecb.int/ecb/legal/pdf/en_ecb_2011_14_f_sign.pdf

2. Vorschlag aus EZB für europäischen Sparkommissar

In einem Arbeitspapier der EZB, das nicht unbedingt die Meinung der EZB wiedergibt, schlagen EZB-Direktionsmitglied Jürgen Stark und drei weitere Autoren eine unabhängige Institution zur Kontrolle der Fiskalpolitik der Euroländer vor. Aus dieser Institution könnte sich langfristig ein europäischer Finanzminister entwickeln. Länder welche sich nicht an die Grenze von 3%/BIP Haushaltsdefizit halten wollten, müssten sich den Haushalt einstimmig von den anderen Euroländern genehmigen lassen. Verstöße gegen diese Regel wären automatisch zu ahnden. Länder mit Hilfsprogrammen, die sich nicht an die Auflagen halten, sollten unter Zwangsverwaltung gestellt werden. Mit dem bisherigen Rechtsrahmen könne die Tragfähigkeit der Wirtschafts- und Währungsunion nicht gewährleistet werden.

<http://www.ecb.int/pub/pdf/scpops/ecbocp129.pdf>

3. Starke Nachfrage nach Anleihe der EU für Irland und Portugal

Die EU platzierte am 22.09. eine über 15 Jahre laufende Anleihe in Höhe von 4 Mrd. EUR. Irland und Portugal erhalten jeweils 2 Mrd. EUR. Damit ist erstmals eine Anleihe mit einer längeren Laufzeit als 10 Jahre begeben worden. Innerhalb von zwei Stunden hatten 100 Investoren 5.8 Mrd. EUR geboten, sodass das Geschäft geschlossen werden konnte. Interesse bestand vor allem in Europa (92%) und dabei insbesondere in Deutschland und Österreich (34%), gefolgt von Frankreich und den Beneluxländern (jeweils 16%).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/629&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

VI. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Leitprinzipien einer EU-Strafrechtspolitik

In ihrer Mitteilung vom 20.09. legt die Kommission dar, wie die EU und die Mitgliedstaaten gemeinsam eine kohärente EU-Strafrechtspolitik ins Leben rufen können. Wichtige Leitprinzipien sind: (i) Das Strafrecht darf nur als **ultima ratio** eingesetzt werden; (ii) Strafrechtliche Sanktionen sind **besonders schweren Straftaten** vorbehalten; (iii) Strafrechtliche Maßnahmen sind in Bezug auf die Grundrechte besonders heikel: Neue Strafrechtsvorschriften sind an die strikte **Einhaltung der Grundrechte** gebunden, wie sie in der EU-Grundrechtecharta und in der Europäischen Menschenrechtskonvention garantiert sind und (iv) Jeder Beschluss über die Art der zu erlassenden strafrechtlichen Maßnahme oder Sanktion muss sich auf **klare Fakten** stützen und den Grundsatz der **Subsidiarität** und der **Verhältnismäßigkeit** beachten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1049&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/justice/newsroom/files/com201105733_de.pdf (Mitteilung)

2. Einigung über Europäische Schutzanordnung

Der Rat für Justiz und innere Angelegenheiten bestätigte am 23.09 die informelle Einigung mit dem Europäischen Parlament in zweiter Lesung. Ziel ist der Schutz von Verbrechenopfern oder potenziellen Verbrechenopfern bei Umzug in andere Mitgliedstaaten. So sollen auf Grund einer Europäischen Schutzanordnung auch in anderen Staaten etwa Nährungsverbote für Täter wirksam sein. Die polnische Präsidentschaft rechnet mit einem Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens noch in diesem Jahr. Die Richtlinie wäre dann innerhalb von drei Jahren umzusetzen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/124713.pdf (Council JHA)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/11/st14/st14471.en11.pdf>

b) Inneres

1. Kein Schengenbeitritt von Bulgarien und Rumänien

Im Rat für Justiz und innere Angelegenheiten am 22.09. legten die Niederlande und Finnland ein Veto gegen die volle Übernahme des Schengen-Besitzstandes durch Bulgarien und Rumänien ein. Nach Auffassung der Kommission sind Bulgarien und Rumänien technisch bereit für die Aufnahme in die Schengen-Zone. Auch das Europäische Parlament hatte sich im Juni für die Aufnahme ausgesprochen. Das Thema soll beim Europäischen Rat am 17./18.10. erneut zur Sprache kommen.

<http://www.euractiv.de/erweiterung-und-partnerschaft/artikel/eu-parlamentarier-kritisieren-schengen-blockade-005406>

2. Neue Kompetenzen der Kommission im Schengenraum kontrovers

Im Rat für Justiz und innere Angelegenheiten am 22.09. fand ferner eine erste Aussprache über den Kommissionsvorschlag zur Begrenzung nationaler Zuständigkeiten bei Wiedereinführung von Grenzkontrollen statt. Mehrere Delegationen äußerten Kritik. Die Ratsarbeitsgruppen werden umgehend mit ihren Beratungen beginnen.

<http://www.consilium.europa.eu/homepage/showfocus.aspx?lang=de&focusID=77055>

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/jha/124652.pdf

3. Unterstützung für Frühwarn- und Vorsorgesystem im Bereich Asyl

Im Rat für Justiz und innere Angelegenheiten am 22.09 fand die Einrichtung eines ein Frühwarn- und Vorsorgesystem mit einem Bewertungsverfahren für die Belastbarkeit von Mitgliedstaaten Anklang. Der von der Kommission mit Nachdruck propagierte Notfallmechanismus, der bei Überlastung eines Mitgliedstaats die Überstellung von Asylbewerbern auf der Grundlage der Dublin-Verordnung suspendiert, wurde jedoch mehrheitlich abgelehnt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/124713.pdf (Council JHA)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st13/st13930.de11.pdf> (Sachstand)

4. Keine Überstellung von Asylbewerbern an Griechenland

Nach Generalanwältin Verica Trstenjak dürfen keine Asylbewerber an andere Mitgliedstaaten überstellt werden, wenn ihnen dort eine ernsthafte Verletzung ihrer in der Grundrechtecharta verbürgten Grundrechte drohen sollte. Den mit den Verfahren beschäftigten Gerichten, dem Court of Appeal of England and Wales und dem High Court (Irland) lägen deutliche Hinweise darauf vor, dass dies bei Überstellung von Asylbewerbern nach Griechenland der Fall sei. Daher hätten die anderen Mitgliedstaaten eine Pflicht zum Selbsteintritt und müssten den Asylantrag selbst prüfen. Das Das Protokoll Nr. 30 über die Anwendung der Charta der Grundrechte der EU auf Polen und das Vereinigte Königreich sei im Übrigen nicht als genereller Opt-out von der Grundrechtecharta zu werten, so dass diese im vorliegenden Fall anwendbar sei.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-09/cp110096de.pdf> (PM EuGH))

http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/ (Schlussanträge: Az. C-411/10 einfügen)

5. Visainformationssystem VIS kurz vor Einführung

Nach Information im Rat für Justiz und innere Angelegenheiten (Gemischter Ausschuss mit Norwegen, Island, Liechtenstein und der Schweiz) am 22.09. wird das gesamte Visainformationssystem VIS am 11.10. seine Arbeit aufnehmen. Beim Schengeninformationssystem (SIS II) verbleibt es bei einer Arbeitsaufnahme im ersten Quartal 2013.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/124713.pdf (Council JHA)

6. Erweiterung des Grenzgebiets auf das Gebiet von Kaliningrad

Im Rat für Justiz und innere Angelegenheiten (Gemischter Ausschuss mit Norwegen, Island, Liechtenstein und der Schweiz) fand am 22.09. ferner eine erste Aussprache über die Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1931/2006 bezüglich der Erweiterung des Grenzgebiets auf das Gebiet von Kaliningrad und bestimmte polnische Verwaltungsbezirke statt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/124713.pdf (Council JHA)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st13/st13344.de11.pdf>

VII. Umwelt

1. EU-Strategie für Ressourceneffizienz

Die Kommission schlug am 20.09. einen Fahrplan für Maßnahmen zur Umgestaltung von Produktion und Verbrauch vor. Dazu gehören auch Anreize zur Förderung umweltfreundlicher Innovationen und eine größere Bedeutung für Ökodesign, Ökokennzeichnung und ein umweltfreundlicheres öffentliches Beschaffungswesen. Die Regierungen werden aufgefordert, die Besteuerung vom Faktor Arbeit weg auf Umweltverschmutzung und Ressourcenverbrauch zu verlagern und Verbrauchern neue Anreize für den Umstieg auf ressourcenschonende Produkte zu geben. In einem partizipativen Prozess, an dem die politischen Entscheidungsträger, Sachverständige, NRO, die Wirtschaft sowie die Verbraucher teilnehmen, sollen bis spätestens 2013 klar definierte Ziele und Indikatoren entwickelt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1046&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/environment/resource_efficiency/index_en.htm

2. EU-Chemikalienpolitik (REACH) erfolgreich

Auf einer REACH-Konferenz am 23.09. in Brüssel zog Kommissar Janez Potočnik Eine positive Bilanz der EU-Chemikalienpolitik. Die Industrie habe bis zum Ablauf der ersten Frist im Jahre 2010 ausgezeichnete Arbeit geleistet. Im Jahre 2013 laufe eine Frist für weitere Anmeldungen von Chemikalien ab. 2012 finde aber die vorgeschriebene Überprüfung der REACH-Gesetzgebung statt. Dies bedeute aber nicht unbedingt, dass eine Novellierung erfolgen müsse. Nur bei dringenden Erfordernissen werde die Kommission Neuregelungen vorschlagen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1068&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/602&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

3. Einigung von 24 Mitgliedstaaten auf Auktionsplattform für Emissionshandel

24 Mitgliedstaaten haben sich auf eine gemeinsame Auktionsplattform für die 2013 beginnende dritte Handelsperiode geeinigt. Deutschland, Polen und Großbritannien beteiligen sich nicht. Diese drei Staaten wollen eigene nationale Auktionsplattformen einrichten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/603&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/clima/policies/ets/auctioning_third_en.htm

VIII. Medien und Informationsgesellschaft

1. Deutschland muss kurdischen Sender aus Dänemark tolerieren

Der Europäische Gerichtshof entschied, anders als von Generalanwalt Yves Bot vorgeschlagen, dass Deutschland die Weiterverbreitung von Sendungen in kurdischer Sprache, die Roj TV von Dänemark aus ausstrahlt, in seinem Hoheitsgebiet nicht verhindern kann. Nach der Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ sei die Beurteilung, ob Sendungen zu Hass aufstachelten allein dem Sendeland vorbehalten. Soweit die Weiterverbreitung dieser Sendungen nicht verhindert wird, könne Deutschland jedoch die Betätigung von Roj TV und von Mesopotamia Broadcast als Vereine in seinem Hoheitsgebiet verbieten; dies habe das nationale Gericht zu prüfen.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-09/cp110099de.pdf> (PM EuGH)
http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/ (Urteil: Az. C-244/10 einfügen)

IX. Bildung, Forschung, Kultur

1. EU-Strategie zur Reform der Hochschulbildung

Nach der am 20.09. von der Kommission vorgelegten EU-Strategie sollen bis 2020 40 % der jungen Menschen in Europa über einen Hochschulabschluss verfügen. Derzeit sind es im EU-Durchschnitt 33.6 %; Deutschland liegt knapp darunter. Während die USA 2.7 % ihres BIP in Hochschulbildung investiert, sind es in Europa gerade einmal 1.3 %. Deutschland liegt mit 1.23 % des BIP unter dem EU-Schnitt. Notwendig sei auch eine Verbesserung der Qualität und Relevanz der Hochschulbildung, damit die Curricula den Anforderungen der Einzelnen, des Arbeitsmarktes und künftiger Karrieremöglichkeiten gerecht werden, sowie Förderung und Anerkennung von Exzellenz in Lehre und

Forschung. Studierende sollen durch Studien- oder Praktikumsaufenthalte im Ausland zusätzliche Fähigkeiten und Kenntnisse erwerben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1043&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/education/higher-education/doc/com0911_en.pdf (EU-Strategie)

http://ec.europa.eu/education/higher-education/doc/wp0911_en.pdf (Begleitdokument)

2. Aufruf zu Partnerschaften bei Forschung & Innovation

In ihrer [Mitteilung](#) vom 21.09. zieht die Kommission erste Lehren aus Pilotprojekten und zeigt Schritte auf, wie noch mehr öffentlich-private und öffentlich-öffentliche Partnerschaften gebildet werden können, die noch effizienter sind. Weniger Bürokratie, Erleichterung grenzüberschreitender Forschung und langfristiges Engagement seien notwendige Rahmenbedingungen, um noch mehr öffentlich-private und öffentlich-öffentliche Partnerschaften zu bilden. "Die Mitgliedstaaten und die Industrie müssen sich stärker und langfristig in strategischen Partnerschaften engagieren. Eine Verkürzung der Zeitspannen bis zur Vermarktung innovativer neuer Produkte und Dienstleistungen wird die Führungsposition Europas festigen und der Wirtschaft neuen Schwung geben". sagte EU-Forschungskommissarin Máire Geoghegan-Quinn.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1059&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Schüler aus Bayern, Bremen und Sachsen in Forscherwettbewerb

Die 23. Ausgabe des European Union Contest for Young Scientists (EUCYS) startete am 23.09. in Helsinki. 134 junge Wissenschaftler aus 37 Ländern stellen sich dem Wettbewerb. Mit dabei sind auch drei "Jugend forscht"-Bundessieger aus Bayern, Bremen und Sachsen. Die beiden siebzehnjährigen Schüler vom Hanns-Seidel-Gymnasium Hösbach, Gabriel Salg und Nicolas Scheidig, stellen ihr "Neues Magisches Rezept gegen Mundgeruch" vor. Die Bremer Schüler Danial Sanusi, Xianghui Zhong und Fabian Henneke präsentieren ein mathematisches Projekt zur Farbverteilung von sechseckigen, einfarbigen Kacheln auf Fußböden. Aus Sachsen geht der siebzehnjährige Meißner Benjamin Walter ins Rennen. Er untersuchte in seinem Projekt den Graphen, ein Halbleiter, der die Elektrotechnik revolutionieren könnte.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10199_de.htm

<http://eucys2011.tek.fi/>

4. Zehnter Europäischer Tag der Sprachen

Der zehnte Europäische Tag der Sprachen ist am 26.09. und darüber hinaus mit diversen Veranstaltungen, wie Vorträgen, Quizveranstaltungen und Lesungen, begangen worden. Kommissarin Androulla Vassiliou hat gemeinsam mit dem Generalsekretär des Europarates, Thorbjørn Jagland, eine Erklärung unterzeichnet, die das Bekenntnis zur Mehrsprachigkeit bekräftigen soll.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1065&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Berliner Grundschüler aktiv beim Europäischen Tag der Sprachen

Am 26. 09., dem Europäischen Tag der Sprachen, wirbt Europa dafür, Fremdsprachen zu lernen und feiert mit Vorträgen, Lesungen und Mini-Sprachkursen seine Vielsprachigkeit. Berliner Grundschüler nehmen "Sprachenbäder" in Estnisch, Finnisch, Maltesisch und vielen anderen europäischen Sprachen in zwanzig Berliner Bezirksbibliotheken und der Zentral- und Landesbibliothek.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10198_de.htm